

Anlage 3 – Vertragsentwurf

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt! Nicht mit dem Angebot einreichen!)

Entwurf Vertrag

Dieser Entwurf beschreibt die von den Bietern zu berücksichtigenden Mindestbedingungen.

Der

**Landkreis Freudenstadt,
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft**

vertreten durch ...,

Herrenfelder Straße 14, 72250 Freudenstadt

- nachstehend "Auftraggeber" genannt -

und

die

[Hinweis: wird bei Vertragsschluss entsprechend ergänzt]

- nachstehend "Auftragnehmer" genannt -

schließen folgenden

Vertrag über die Lieferung eines 3-Achs-Abrollkipperfahrzeugs (Neufahrzeug)

§ 1

Gegenstand des Vertrags

- (1) Der Auftragnehmer liefert ein 3-Achs-Abrollkipperfahrzeugs (Neufahrzeug) (nachfolgend „**Produkt**“ genannt).
- (2) Wesentliche Bestandteile dieses Vertrags und Grundlage für die Leistungserbringung sind – im Falle von Widersprüchen in der Reihenfolge der nachfolgenden Aufzählung –
 - die Bestimmungen dieses Vertrags,
 - die Leistungsbeschreibung *[und der/den allgemeinen Bieterinformation(en) sowie den Ergänzungen und Aufklärungen zum Angebot]*,
 - der Leitfaden und die weiteren Vergabeunterlagen sowie
 - das Angebot des Auftragnehmers vom TT.MM.JJJJ *[Hinweis: wird bei Vertragsabschluss ergänzt]*.

Ergänzend gelten die Bestimmungen der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der Fassung vom 05. August 2003 sowie die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB).

- (3) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, die von den Regelungen der Bestellungen oder den Regelungen dieses Vertrags abweichen, werden nicht Vertragsinhalt, auch wenn der Auftragnehmer auf sie hingewiesen und der Auftraggeber nicht ausdrücklich widersprochen hat.
- (4) Rechte, die dem Auftraggeber nach den gesetzlichen Vorschriften oder nach sonstigen Vereinbarungen über diesen Vertrag hinaus zustehen, bleiben unberührt.

§ 2

Anlieferung und Eigentumserwerb

- (1) Der Auftragnehmer liefert das vertragsgegenständliche Produkt bis zum vorgesehenen Lieferort an.
- (2) Die Lieferung hat in geeigneter branchenüblicher Weise unter Beachtung aller notwendigen und gebotenen Sicherheitsanforderungen zu erfolgen.

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt! Nicht mit dem Angebot einreichen!)

- (3) Alle Lieferungen erfolgen auf Kosten des Auftragnehmers. Für sämtliche Lieferungen ist ein elektronischer Lieferschein mit dem Umfang der Lieferung, Bestelldatum und Lieferantenummer, nach Vorgaben des Auftraggebers auszustellen.
- (4) Der Auftragnehmer hat bei der Lieferung alle gesetzlich und genehmigungsrechtlich erforderlichen Regelungen zu beachten.
- (5) Mit der Schlussabnahme geht das Produkt unmittelbar und lastenfrei in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass er zur Weiterveräußerung und Eigentumsübertragung ermächtigt ist.

§ 3

Gefahrübergang

Der Auftragnehmer trägt die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung des vertragsgegenständlichen Produkts, bis zu seiner Abnahme.

§ 4

Gewährleistung, Garantie

- (1) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber seine Leistungen vertragsgemäß und frei von Sachmängeln zu verschaffen. Die Leistung ist zur Zeit der Abnahme frei von Sachmängeln, wenn sie die vereinbarte Beschaffenheit hat und dem Stand der Technik entspricht. Zur vereinbarten Beschaffenheit gehören auch alle in den Vergabeunterlagen und vom Auftragnehmer gemachten Angaben sowie im Angebot enthaltenen Anforderungen an die Leistungen (Beschaffenheitswerte). Der Auftragnehmer gewährleistet insbesondere auch die von ihm zu leistende Kompatibilität zwischen dem Fahrgestell und dem Aufbau.
- (2) Zusätzlich zur gesetzlichen Gewährleistung übernimmt der Auftragnehmer eine umfassende Garantie für die Funktionsfähigkeit sämtlicher Bauteile.
- (3) Die Verjährungsfrist für Gewährleistungs- und Garantieansprüche beträgt mindestens 24 Monate, beginnend mit der Schlussabnahme des Produkts durch den Auftraggeber. Die Pflicht des Auftraggebers zur Untersuchung und zur Mängelrüge

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt! Nicht mit dem Angebot einreichen!)

entsteht zum Zeitpunkt der Abnahme der Lieferungen. Es ist ein schriftliches Abnahmeprotokoll zu fertigen und von beiden Parteien zu unterzeichnen.

- (4) Die Verjährungsfrist für Gewährleistungs- und Garantieansprüche beginnt jeweils von neuem zu laufen für nachgebesserte oder durch mangelfreie Teile ersetzte selbstständige Teile. Verjährungsfristbeginn ist in diesem Fall der Zeitpunkt der Mängelbeseitigung bzw. der Herstellung des vertragsgemäßen Zustands.

§ 5

Produkthaftung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter aus in- und ausländischer Produkthaftung freizustellen, es sei denn er ist für den Produktfehler und den eingetretenen Schaden nach produkthaftungsrechtlichen Grundsätzen nicht verantwortlich. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.
- (2) Im Rahmen dieser Freistellungspflicht hat der Auftragnehmer den Auftraggeber insbesondere auch solche Aufwendungen zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer vom Auftraggeber durchgeführten Warnungs-, Austausch- oder Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Maßnahmen wird der Auftraggeber den Auftragnehmer, soweit möglich und zumutbar, unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber bei den durchzuführenden Maßnahmen nach besten Kräften zu unterstützen und alle ihm zumutbaren, vom Auftraggeber angeordneten Maßnahmen zu treffen.

§ 6

Schutzrechte Dritter

- (1) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die Lieferung und Benutzung der Produkte keine Patente, Lizenzen oder sonstigen Schutz- und Urheberrechte Dritter verletzt.
- (2) Sofern der Auftraggeber aufgrund der Lieferung und Benutzung der Produkte von einem Dritten wegen einer Verletzung solcher Rechte in Anspruch genommen wird,

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt! Nicht mit dem Angebot einreichen!)

ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber von diesen Ansprüchen freizustellen. Die Freistellungspflicht bezieht sich auf alle Aufwendungen, die dem Auftraggeber im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme erwachsen. Insbesondere ist der Auftraggeber berechtigt, auf Kosten des Auftragnehmers die Genehmigung zur Benutzung der Produkte von dem Dritten zu erwirken. Die Freistellungspflicht gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Verletzung der Schutzrechte Dritter nicht zu vertreten hat.

§ 7

Entgelte und Regelungen zum öffentlichen Preisrecht

- (1) Für die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen erhält der Auftragnehmer Entgelte, die sich nach dem Angebot des Auftragnehmers, das Bestandteil dieses Vertrags ist, bemessen. Mit diesen Entgelten sind alle Leistungen, wie sie in den Vergabeunterlagen beschrieben sind, abgegolten.

[Hinweis: Diesbezügliche Regelungen (Entgelte) werden im endgültigen Vertrag auf der Grundlage des Angebots des Auftragnehmers formuliert.]

- (2) Regelungen zum öffentlichen Preisrecht
- a. Die vertragsgegenständlichen Preise unterfallen gemäß § 3 Verordnung PR 30/53 den Bestimmungen der Verordnung PR 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21.11.1953 (PreisV 30/53) mit den Leitsätzen für die Preisermittlung aufgrund der Selbstkosten (PreisLS) in der jeweils gültigen Fassung.
 - b. Ergänzend vereinbaren die Vertragsparteien folgendes:
 1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die von ihm beauftragten Nachunternehmer und Lieferanten vertraglich zur Beachtung der Vorgaben der PreisV 30/53 zu verpflichten. Die Vorgaben der PreisV 30/53 finden daher gemäß § 2 Abs. 4 PreisV 30/53 aufgrund vertraglicher Vereinbarung auch auf die Verträge des Auftragnehmers mit Unterauftragnehmern sowie Lieferanten Anwendung.
 2. Überschreiten die zwischen den Vertragspartnern vereinbarten Leistungsentgelte oder die zwischen dem Auftragnehmer und ihren Nachunternehmern

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt! Nicht mit dem Angebot einreichen!)

mern und Lieferanten vereinbarten Preise den nach der PreisV 30/53 sowie, soweit die Entgelte keine Marktpreise nach § 4 PreisV 30/53 sind, den Bestimmungen der PreisLS jeweils zulässigen Höchstpreis, so sind die in diesem Vertrag vereinbarten Leistungsentgelte auf den preisrechtlich zulässigen Preis anzupassen.

3. Der Auftraggeber ist berechtigt, selbst oder durch von ihm beauftragte Dritte die Beachtung der Vorgaben der Preis V 30/53 sowie, soweit die Entgelte keine Marktpreise nach § 4 PreisV 30/53 sind, der PreisLS bei der Kalkulation der Preise durch den Auftragnehmer zu überprüfen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber alle hierfür erforderlichen Unterlagen und Daten nach dessen Wunsch in Papierform oder in einem gängigen Datenformat zu übermitteln und die geforderten Auskünfte zu erteilen.

§ 8

Abrechnung / Zahlung

- (1) Die Abrechnung des Auftragnehmers mit dem Auftraggeber erfolgt nach Erfüllung der Leistung binnen eines Monats.
- (2) Für die Lieferung erhält der Auftraggeber die Rechnung des Auftragnehmers in einfacher Ausfertigung. Sie darf der Lieferung nicht beigelegt, sondern muss gesondert an eine vom Auftraggeber mitzuteilende Adresse geschickt werden. Rechnungen ohne Bestellnummer, Bestelldatum oder Lieferantenummer gelten mangels Bearbeitungsmöglichkeit als nicht zugegangen. Es ist ein elektronischer Lieferschein auszustellen.
- (3) Die Bezahlung der Leistungen erfolgt innerhalb von 30 Tagen nach Zugang der prüffähigen Rechnung. Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Hingabe oder Absendung des Auftrags an die Post oder das Geldinstitut.

Bei mangelhafter Lieferung ist der Auftraggeber berechtigt, die Zahlung insoweit bis zur ordnungsgemäßen Erfüllung zurückzuhalten. Die Zahlungsfrist beginnt insoweit nach vollständiger Beseitigung der Mängel.

§ 9**Vertragslaufzeit und Kündigung bzw. Vertragsbeendigung**

- (1) Die Vertragslaufzeit für die Durchführung der Wartung/Inspektion im Full-Service und des Kundendienstes gemäß der Leistungsbeschreibung beginnt mit der Schlussabnahme des Produkts durch den Auftraggeber und wird über einen Zeitraum von 2 Jahren fest vereinbart.
- (2) Das Recht der Vertragsparteien zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund, der den Auftraggeber zur Kündigung berechtigt, liegt insbesondere vor, wenn
 - der Auftragnehmer einer wesentlichen Pflicht auch nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder trotz Abmahnung nicht ordnungsgemäß nachkommt. Die Bestimmung einer Frist zur Abhilfe und eine Abmahnung sind insbesondere entbehrlich, wenn besondere Umstände vorliegen, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die sofortige Kündigung rechtfertigen.
 - der begründete Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren Verfahrens zur Schuldenbereinigung über das Vermögen des Auftragnehmers mangels Masse abgelehnt wird.
 - der Auftragnehmer seine Geheimhaltungspflichten verletzt
- (3) Kündigungen – aus jeglichem Grund – bedürfen der Schriftform nach § 126 BGB. Eine telekommunikative Übermittlung per Telefax oder E-Mail ist abweichend von § 127 Abs. 2 BGB nicht ausreichend.
- (4) Reicht der Regelungsgehalt einzelner Regelungen dieses Vertrages über die Vertragslaufzeit hinaus, bleiben diese Regelungen insoweit auch nach dem Ende der Vertragslaufzeit wirksam.

§ 10**Geheimhaltung**

- (1) Die Parteien sind verpflichtet, sämtliche ihnen zugänglich werdenden Informationen, die als vertraulich bezeichnet werden oder nach sonstigen Umständen als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse erkennbar sind, bis zum Ablauf von fünf Jahren

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt! Nicht mit dem Angebot einreichen!)

nach Vertragsende geheim zu halten und sie, soweit nicht für die Vertragsbeziehung geboten, weder aufzuzeichnen noch weiterzugeben oder zu verwerten.

- (2) Die Geheimhaltungspflicht entfällt, soweit die Informationen der empfangenden Partei nachweislich bereits vor Aufnahme der Vertragsbeziehung bekannt oder vor der Aufnahme der Vertragsbeziehung allgemein bekannt oder allgemein zugänglich waren oder ohne Verschulden der empfangenden Partei allgemein bekannt oder zugänglich werden. Die Beweislast trägt die empfangende Partei.
- (3) Die Parteien werden durch geeignete vertragliche Abreden mit den für sie tätigen Arbeitnehmern und Beauftragten sicherstellen, dass auch diese bis zum Ablauf von fünf Jahren nach Vertragsende jede eigene Verwertung, Weitergabe oder unbefugte Aufzeichnung solcher Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse unterlassen.

§ 11

Schlussbestimmungen

- (1) Alle Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung dieser Schriftformklausel.
- (2) Sollten einzelne Vertragsbestimmungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte sich in diesem Vertrag eine Lücke befinden, so wird dadurch die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhalts nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt diejenige wirksame oder durchführbare Bestimmung als vereinbart, die dem Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Im Falle einer Lücke gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach dem Zweck dieses Vertrags vereinbart worden wäre, sofern die Vertragspartner die Angelegenheit von vornherein bedacht hätten.
- (3) Für die Rechtsbeziehung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (4) Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Freudenstadt.

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt! Nicht mit dem Angebot einreichen!)

§ 12

Loyalitätsklausel

Bei Abschluss dieses Vertrags können nicht alle Möglichkeiten, die sich aus der künftigen Entwicklung, aus Änderungen von gesetzlichen Bestimmungen oder aus sonstigen für das Vertragsverhältnis wesentlichen Umständen ergeben können, vorausgesehen und geregelt werden. Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass für ihre Zusammenarbeit die Grundsätze kaufmännischer Loyalität zu gelten haben. Sie sichern sich gegenseitig zu, die Vertragsvereinbarungen in diesem Sinne zu erfüllen und ggf. künftigen Änderungen der Verhältnisse unter Heranziehung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben Rechnung zu tragen.

Freudenstadt, den

.....
(Auftraggeber)

.....
(Auftragnehmer)